

Volks-Zeitung

Table titled 'Der Stand der Mark' showing exchange rates for various currencies like Dollar, Goldmark, etc.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt U&K

Table titled 'Lebensmittelpreise von heute' listing prices for various food items like wheat, flour, etc.

England, Frankreich und das Moratorium.

Die Haltung der City. - Frankreichs Stellung noch nicht klar.

Schnelldienst

Wochensberichte stellen
die Finanzunternehmungen
über das Wesentlichere
Abkommen.
In China zeigen sich
Veränderungen, die auf eine
Einklang zwischen Norden
und Süden hinwirken.

London, 2. Dezember. (E. G.)
Gestern beschätzte sich zwar nicht der englische Minister-
rat, aber ein Komitee mit der Reparations-
kommission. An der Sitzung nahmen Lloyd George, Cham-
berlain, Churchill, Robert Barnes und
Worthington teil. Der Ministerpräsident und
seine Mitarbeiter sprachen auf Grund der Berichte der Sach-
verständigen die Lage, die durch die Reparationen geschaffen
wurde. Eine Reihe von Empfehlungen wurde vorgeschlagen,
die dem heute zusammengetretenen Ministeriale unter-
breitet werden sollen. Aus offizieller Quelle ver-
lautet, daß die englische Regierung in keiner
Weise die Ausgabe einer direkten Anleihe
für Deutschland ins Auge faßt, sondern
nur die Gewährung eines Moratoriums.
Wenn aber die City Deutschlands langfristige Kredite ge-
währen wolle, so würde die englische Regierung weder einen
Anteil daran, noch Verantwortung dafür haben. Es ist
möglich, daß ein solcher Kredit von den Industriellen und
Finanzleuten gewährt würde, und zwar entweder in Form
eines festen Anleihe oder in der Form von Wertpapiere-
renten, deren Besicherung unter eigenen, besonderen
Bedingungen erstensümpfirt würde. Deutschland würden
hierzu besondere Zahlungserleichterungen gewährt werden.
Rathenau hatte gestern eine Besprechung mit Robert
Barnes, später soll er auch von dem oben erwähnten
Finanzkomitee empfangen worden sein. Er sprach auch
mit verschiedenen Bankiers, die er zur Gewährung einer
Anleihe überreden wollte. In demselben Bericht wird
auch in Paris eingetroffenen Londoner Berichtigen zufolge,
Rathenau keine Aussicht auf Erfolg habe,
weil der Verkauf der Anleihe das Verbot enthalte, daß die
deutsche Regierung irgendeine der Reichseinnahmen als
Garantie gebe.

Lebensmittelpreise von heute
Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Centralmarkthalle
Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend. Preise fast unverändert.
Weisskohl 1,20-1,30 M., Wirsingkohl 1,30-1,75 M., Rotkohl 1,50-2,00 M.,
Grünkohl 0,80-1 M., Rosenkohl 1 M.,
6 M. d. Pfd., Blumenkohl 3-4 M.,
1 Kopf, Mohrrüben 1-1,50 M., Kohlräben 0,80-1 M., Tollkirsche Rüben 2-2,50 M., Spinaat 1,50-2,50 M., Zwiebeln 1,50-2,00 M., Apfel 2,50-4 M. das Pfund.

Der Wirth für Alles.

Wer regiert?
Es ist für den Bürger einer demokratischen Republik ein
sehr seltsames Gefühl, wenn er nicht einmal weiß, von wem er
eigentlich regiert wird. Gewöhnlich haben wir einen Reichspräsidenten
und ein Reichskanzler, einen Reichstag und ungeschwändlich
umfangreiche Behörden. Aber wir wissen, daß in der Frage,
die jetzt unser nächstes Schicksal bestimmt, die Frage eines
Moratoriums oder einer langfristigen Anleihe,
Der Stinnes in London verhandelt hat, der ein Gelehrter
der Regierung ist, und wenn jetzt auch Herr Rathenau ein
solches Mandat empfangen hat, so ist über die Frage alle
verantwortliche Reichsregierung dem, die doch auch
über dem Volk und dem Parlament Rede und Antwort darüber
zu stehen hat, ob sie die kommenden Ereignisse richtig
vorbereitet hat. Außer den berufsmäßigen Spezialisten hat
sich gewöhnlich niemand über das Schicksal der deutschen
Wirt in der Hand der Regierung, der Minister der Finanzen
nehmen, um die kleinen Leute vor Schaden zu schützen? Was
gedenkt sie zu tun, um die Mittelstandsbesitzenden, die jetzt ihrer
einkaufstüchtig haben, vor etwaigen Schaden zu bewahren?
Das Kabinett Wirth ist bisher unvollkommen geblieben.

London, 2. Dezember. (E. G.)
Ein sehr pessimistischer Bericht liegt in einer Londoner Tages-
zeitung des 'Echo de Paris' vor, wonach die Bemühungen der deutschen
Vertreter, für die Zahlungen vom 15. Januar und vom 1. Februar
Kredite zu erhalten, gescheitert wären. Der Bericht enthält
aus autoritativer Quelle die Versicherung, daß keine Rede
davon sein könne, Deutschlands Schuld nachzu-
lassen oder zu vermindern. England halte darauf,
daß Deutschland zahle.

Die Reparation der Reparationen.

Paris, 2. Dezember. (E. G.)
Der 'Reit Parisien' glaubt zu wissen, daß Sir John Brad-
burgh zwar nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied der Reparations-
kommission, sondern als Vertreter der englischen Re-
gierung seine Kollegen offiziell über den Empfang befragte, den
diese einer eventuellen deutschen Forderung bezüglich Gewährung
eines Moratoriums bezeichnen würden. Der 'Reit Parisien' glaubt
weiter zu wissen, daß die französische Regierung ihren Standpunkt in
dieser Angelegenheit noch nicht festgelegt hat, daß sie aber
in Einvernehmen mit dem französischen Mitglieder der Reparations-
kommission eingehend berate, ob man in der Minorität bleiben
und die Folgen dieser Entscheidung tragen, oder ob man sich den
Wünschen Bradburghs anschließen und für die Gewährung
eines Moratoriums stimmen solle.

Paris, 2. Dezember. (E. G.)
Eine sehr bemerkenswerte Mitteilung in dieser Angelegenheit
macht Wirth in 'Echo de Paris'. Danach interessierte sich in
Amerika sein Wunsch für die Reparationsfrage, weil man
bei der Besprechung dieser Angelegenheit in London,
die Unterstützung der alliierten Staaten suchen würde.
Amerika wolle aber eine solche Besprechung aus inner-
politischen Gründen vermeiden. Aus diesen Gründen
sei es auch Staatssekretär Bergmann nicht
gelungen, irgendwelche Erfolge davon zu
erlangen. Er habe ein ganzes System für die Stabilis-
sierung der Mark und die Zahlung der deutschen Repara-
tionssummen entwickelt durch Schaffung eines ameri-
kanischen Bankensystems, das den Kurs der Mark in der Zeit unter-
stützen würde, in der die deutsche Regierung Maßnahmen ergreifen
würde, um die Spekulation zu überwinden. Ferner habe Dr.
Bergmann in Amerika für die Gewährung einer Anleihe von

London, 1. Dezember.

Die Abendpresse beschäftigt sich eingehend mit den Ausichten
einer Neuregelung der Reparationsfrage. Das näch-
ste Ziel der Regierung der Stadt ist es, das Vertrauen in eine glatte
Entwicklung der zwischen der britischen Regierung und Rathenau
geführten Besprechungen, den Ministern zufolge besteht die Mög-
lichkeit, daß Lloyd George Rathenau empfangen
wird, bevor dieser nach Deutschland zurückkehrt. Laut 'Evening
Standard' wird die Frage erörtert, ob Frankreich und Belgien
einer abgemilderten Politik gegenüber Deutschland zustimmen
sollen, bevor dieser nach Deutschland zurückkehrt. Laut 'Evening
Standard' erfolgte die Frage einer kurz- oder langfristigen
Moratoriumsfrage noch nicht weit gediehen. Man nimmt jedoch in
den maßgebenden politischen und finanziellen Kreisen Londons an,
daß aus der gegenwärtigen Lage eine neue Reparations-
politik entstehen wird.

als sie es aus inneren Gründen ablehnen ist. Und das rückt sich,
indem es den Staat schwächt.
Wie sehr die einzelnen Vertreter der führenden Hand
behörden, das zeigt folgender Notiz der 'Vorwärts' aus den Steueraussschüssen über die
passive Resistenz der Beamten des Reichs-
finanzministeriums:
Die Parteien, die Opposition machen um der Opposition willen,
stellen bei jeder Gelegenheit Abwändlungsanträge, verweigern die
Verabschiedung der Vorlagen, wie es typisch im Anschluß für Be-
führten in Entscheidung getreten ist. Zum mindesten müssen nun
die Regierungsvorträge alles aufgeben, daß an
den vorgelegenen Gesetzen festgehalten wird. Leider ist dies nicht
der Fall. Es macht sich hierbei bemerkbar, daß man sich
von parlamentarischer Finanzminister haben.
Bei den Beratungen des Brannschweigens forderte
unter Zustimmung der Sozialdemokraten und der U.S.P. der
Demokrat Dietrich (Wobben) die Regierungsvor-
träge auf, doch nicht bei jedem Abwändlungsantrag
sogleich zurückzuziehen, sondern zunächst die Fassung
des Entwurfs zu verdeutlichen, zum mindesten zu erklären,
welche Gründe für die Fassung des Entwurfs maßgebend ge-
wesen sind. Im Anschluß hieran hat der Entwurf des Wirt-
schafts- und Arbeitsministeriums die Regierungsvorträge selb-
ständig die Ansprüche zu, die der demokratische Abg. Pachnid

Bei den Ministern sind heute fastlich nicht beliebt, darunter,
neben dem Finanzminister, die beiden auswärtigen,
das Auswärtige und das Finanzministerium.
Und das ist noch nicht einmal alles. Denn unter den Ministern,
die das sind, muß man mitunter noch diejenigen betrachten,
sich nicht in der Regierung, zum anderen Teil machen sie sich wenig
bemerkbar, daß sie schon länger darin sind. Die ganze Zeit der
äußeren und inneren politischen Führung liegt fastlich auf Dr.
Wirth allein. Das ist zu viel. Es ist um so weniger trö-
stlich, als auch die Inhaber der zweiten Stellen, die Staats-
sekretäre, gerade in den entscheidenden Momenten aus per-
sönlichen oder aus politischen Gründen nicht die not-
wendige Hilfe leisten. Aber Herr Dr. Wirth ist zu einem
wesentlichen Teil auch selbst an dieser Gestaltung der Dinge
schuld. Es ist zu begreifen, daß er in der gegen-
wärtigen politischen Lage die Aufgabe des Kanzler-
amtes nur dann erfüllen wird, wenn er in der Lage ist,
sich zu den wichtigsten Momenten nicht einen Minister des Auswärtigen
oder einen Finanzminister neben sich hat, der mit ihm und seiner
Politik nicht völlig abstimmt. Das Vorbild seines
Vorgängers Villhalm, unter dem, allerdings zum großen Teil,
auch infolge der eigenen Mängel, der Minister des Auswärtigen
in höchster der eigentliche Kanzler war, mag ihn hier warnen. Aber
Herr Dr. Wirth erreicht keine Ähnlichkeit, wenn er nun die
Ministerposten überhaupt nicht oder nur im Nebenamt bekleidet, wenn
er alles selbst machen will und dadurch noch nur erreicht, daß das
Wort allein von der Bureaukratie der Kante gemacht oder
nicht gemacht wird. Es ist ein Fehler, und es richtig
schade an, daß Herr Dr. Wirth es nicht beabsichtigt,
sich in sein Kabinett und in die Gestaltung der sach-
lichen Aufgaben der auswärtigen ebenso
wie der inneren Geschäftsführung, die nötigen
Kräfte zu seiner Unterstüzung heranzuziehen.
Darunter leidet der Zweck der auswärtigen, der heute
von höchster Wichtigkeit sein muß, und der inneren, der die gleiche
Vorbereitung gilt. Die Regierung oder erscheint dadurch schwächer.

flachte. Die Regierungsvertreter machen uns die Ver-
stärkung der Vorlage nicht gerade leicht, sie äußern sich
überhaupt nicht.
Dies Verhalten der Regierungsvertreter
müßte wie eine Ergänzung der Hülfe Opposition der
Opposition an sich sein. In der Tat, daß die einzigen
Vorlagen wesentliche Abwändlungen erfolgt sind, einige
ganz abgelehnt wurden. In der relativen Minderheit der
Entscheidungen durch die Gegenüberstellung kommt jetzt noch die tat-
sächlichen Abstände in den Kommissionen.
Es ist ersichtlich, daß auch die Sozialdemokratie erkennt,
daß es nicht weitergehen kann. Die Regierung muß ver-
vollständig werden, und man muß wissen, wer Koch, wer
Keller und wer Wirth ist. Und dann darf es nicht vorkom-
men, daß Deutschland leer gelassen ist und man schließlich
Wochen später eine Notiz liest, daß die Regierung jetzt
erwägt, wie man dem Ausverkauf wehren kann. Und dann
darf man nicht die Privatwirtschaft aufgeben, neue Steuern
aufzulegen und den Produzenten und Konsumenten gleichzeitig
erlauben, sofort die Preise zu erhöhen, noch bevor
die Produkte mit einem Fremde neuer Abgaben belastet
worden sind. Kurz, wir müssen regiert werden. Mit Vor-
sicht und Entschlossenheit. Das kann aber heute kein Minister
für alles, das gehört ein verantwortlicher Minister für jedes



# Groß-Berlin

## Die Gütigkeit der Stadtverordnetenwahlen.

### Die Zuteilung der Stadtverordnetenwahlkreise.

Der Wahlprüfungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat gestern, wie schon kurz berichtet, einstimmig die Wahlprüfung der Gütigkeitserklärung der Wahlen vom 16. Oktober zu empfehlen. Aus dem eingehenden Bericht des Referenten, Stadtverordneten Werten, ist hervorzuheben, daß die Einsprüche gegen die Gütigkeit der Wahlen überhaupt nicht, wohl aber eine Reihe von Protesten gegen Mängel beim Wahlverfahren eingegangen sind.

Bezüglich der Zuteilung der auf den Stadtteilen und in die mehrere Verwaltungsbezirke umfassen den Wahlkreisen stellte sich der Ausschuss auf den Standpunkt, daß die Wahlbezirke maßgebend seien, andere begründete Anträge aber im Sinne des § 15 des Gesetzes über die Wahlprüfung nicht zu berücksichtigen. Die Einsprüche gegen die Gütigkeit der Wahlen sind demnach als erledigt zu betrachten. Die Wahlprüfung der Gütigkeit der Wahlen ist demnach als erledigt zu betrachten. Die Wahlprüfung der Gütigkeit der Wahlen ist demnach als erledigt zu betrachten.

Die Verlesung der Gütigkeitserklärung der Wahlen ist demnach als erledigt zu betrachten. Die Wahlprüfung der Gütigkeit der Wahlen ist demnach als erledigt zu betrachten.

Die Verlesung der Gütigkeitserklärung der Wahlen ist demnach als erledigt zu betrachten. Die Wahlprüfung der Gütigkeit der Wahlen ist demnach als erledigt zu betrachten.

## Ein Brotkrieg in Berlin?

### Protest der Bäcker gegen die Preisfestsetzung für Mehl und Brot.

Die B.-S.-Korrespondenz meldet: Der Magistrat hat nach wochenlangen Verhandlungen mit den Bäckern, für Brot aus Mehl, einen Preis von 7,95 Mark, für drei Schrippen einen solchen von 70 Pfennig festgesetzt. Gegen diese Preisbestimmung erheben jetzt die Groß-Berliner Bäckermeister einstimmig Protest. Da sie erklären, mit diesen Preisen nicht auskommen zu können. Infolge des Lohnanstiegs von 150 Mark pro Woche, den die Geleiten erhalten haben, hätten sich die Bäckereiwaren demnach verdoppelt, das Mehl in Groß-Berlin heute durchschnittlich nur 19 bis 20 Mark, während der Mehlpreis in anderen Städten auf 30 bis 40 Mark ansteigt. Die Bäckereiwaren sind demnach um 50 bis 75 Prozent zugenommen, so daß die Bäcker nicht mehr in Stande seien, ihre Verpflichtungen aus dem Verkauf der mehlreichen Ware zu decken. Es soll noch einmal versucht werden, den Magistrat zu veranlassen, den Preis von 10 bis 15 Pfennig zu erhöhen, da sonst die Bäcker zu wichtigen Entschlüssen kommen könnten. Die Bäcker protestieren vor allem gegen die Erhöhung des Mehlpreises, die in der nächsten Zeit eingeleitet werden dürfte. Die Bäcker protestieren vor allem gegen die Erhöhung des Mehlpreises, die in der nächsten Zeit eingeleitet werden dürfte.

Gegen die Preisbestimmung erheben jetzt die Groß-Berliner Bäckermeister einstimmig Protest. Da sie erklären, mit diesen Preisen nicht auskommen zu können. Infolge des Lohnanstiegs von 150 Mark pro Woche, den die Geleiten erhalten haben, hätten sich die Bäckereiwaren demnach verdoppelt, das Mehl in Groß-Berlin heute durchschnittlich nur 19 bis 20 Mark, während der Mehlpreis in anderen Städten auf 30 bis 40 Mark ansteigt.

Die Bäckereiwaren sind demnach um 50 bis 75 Prozent zugenommen, so daß die Bäcker nicht mehr in Stande seien, ihre Verpflichtungen aus dem Verkauf der mehlreichen Ware zu decken. Es soll noch einmal versucht werden, den Magistrat zu veranlassen, den Preis von 10 bis 15 Pfennig zu erhöhen, da sonst die Bäcker zu wichtigen Entschlüssen kommen könnten.

Die Bäckereiwaren sind demnach um 50 bis 75 Prozent zugenommen, so daß die Bäcker nicht mehr in Stande seien, ihre Verpflichtungen aus dem Verkauf der mehlreichen Ware zu decken. Es soll noch einmal versucht werden, den Magistrat zu veranlassen, den Preis von 10 bis 15 Pfennig zu erhöhen, da sonst die Bäcker zu wichtigen Entschlüssen kommen könnten.

Die Bäckereiwaren sind demnach um 50 bis 75 Prozent zugenommen, so daß die Bäcker nicht mehr in Stande seien, ihre Verpflichtungen aus dem Verkauf der mehlreichen Ware zu decken. Es soll noch einmal versucht werden, den Magistrat zu veranlassen, den Preis von 10 bis 15 Pfennig zu erhöhen, da sonst die Bäcker zu wichtigen Entschlüssen kommen könnten.

# Die Schuldfragen im Buchholz-Prozess.

## Der Antrag des Staatsanwalts.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich erheblich, da ein Geschworener mit größerer Verpätung am Gerichtssitz erschienen konnte. Die Verhandlung wurde schließlich um 10 Uhr 15 Minuten durch den Vorsitzenden des Landgerichts, Direktor Völkert, zur Beendigung gebracht. Die letzten auf gemeinschaftlichen Stand und auf Antrag des Staatsanwalts bezüglich des Verlesens der Gütigkeitserklärung und der Wahlprüfung der Gütigkeit der Wahlen durch den Staatsanwalt. Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich erheblich, da ein Geschworener mit größerer Verpätung am Gerichtssitz erschienen konnte.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich erheblich, da ein Geschworener mit größerer Verpätung am Gerichtssitz erschienen konnte. Die Verhandlung wurde schließlich um 10 Uhr 15 Minuten durch den Vorsitzenden des Landgerichts, Direktor Völkert, zur Beendigung gebracht.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich erheblich, da ein Geschworener mit größerer Verpätung am Gerichtssitz erschienen konnte. Die Verhandlung wurde schließlich um 10 Uhr 15 Minuten durch den Vorsitzenden des Landgerichts, Direktor Völkert, zur Beendigung gebracht.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich erheblich, da ein Geschworener mit größerer Verpätung am Gerichtssitz erschienen konnte. Die Verhandlung wurde schließlich um 10 Uhr 15 Minuten durch den Vorsitzenden des Landgerichts, Direktor Völkert, zur Beendigung gebracht.

## Schadenersatzpflicht der Eisenbahn bei Überfüllen des Stadtbahnzuges.

### Entschädigung des Reisenden.

Das Reichsgericht hat sich kürzlich mit einem auf der überfüllten Stadtbahn und dem Anspruch der Reisenden auf Schadenersatz durch die Eisenbahn in vollem Umfang für berechtigt erklärt. Der Kläger betrug von der Arbeit kommend, auf einem Bahnhof der Ringbahn einen Eisenbahnzug. Durch Jünglinge einer Privatfirma wurde der Zug überfüllt, so daß der Kläger durch Drängen und Schellen der Mitreisenden veranlaßt wurde, durch den Zug zu gehen und schließlich durch den Eisenbahnstahl gegen den Kopf zu stoßen. Der Kläger hat sich verletzt und durch den Unfall erhebliche Schmerzen erlitten. Das Reichsgericht hat sich kürzlich mit einem auf der überfüllten Stadtbahn und dem Anspruch der Reisenden auf Schadenersatz durch die Eisenbahn in vollem Umfang für berechtigt erklärt.

## Der Schlußsatz des Landru-Prozesses.

### Das Endurteil des Reichsgerichts.

Das Reichsgericht hat sich kürzlich mit einem auf der überfüllten Stadtbahn und dem Anspruch der Reisenden auf Schadenersatz durch die Eisenbahn in vollem Umfang für berechtigt erklärt. Der Kläger betrug von der Arbeit kommend, auf einem Bahnhof der Ringbahn einen Eisenbahnzug. Durch Jünglinge einer Privatfirma wurde der Zug überfüllt, so daß der Kläger durch Drängen und Schellen der Mitreisenden veranlaßt wurde, durch den Zug zu gehen und schließlich durch den Eisenbahnstahl gegen den Kopf zu stoßen. Der Kläger hat sich verletzt und durch den Unfall erhebliche Schmerzen erlitten.

## Die Falschmünzerverbände verhaftet.

### Wachen, 2. Dezember (Z. L.)

Nachdem erst vor einigen Wochen in Augsburg eine Falschmünzerverbande ausgehoben wurde, ist es mehrfachen Nachforschungen der Polizei gelungen, einen neuen Falschmünzerverbande auf die Spur zu kommen, deren Hauptbetriebe, ein Eisenwerk und ein Konstruktionsbüro in Nürnberg, verhaftet wurden. Sie sind wegen Falschmünzerei erheblich verurteilt. Die falschen Münzen wurden in Nürnberg und in einem kleinen Orte der Oberpfalz hergestellt.

## Ein humoristisches Gericht und ein seltsamer Kommissar.

### Der Fall des Herrn B. in der Provinz.

Der Fall des Herrn B. in der Provinz. Der Herr B. wurde in der Provinz verhaftet, weil er einen Kommissar verhaftet hatte. Der Kommissar war ein humoristischer Charakter, der die Verhaftung des Herrn B. als eine Art von Spiel betrachtete. Der Herr B. wurde schließlich freigelassen, nachdem er sich für die Verhaftung entschuldigt hatte.

## Der Dezember im W.-Pakt.

Der Dezember im W.-Pakt. Die neue Gegenprogramm des W.-Pakts am 30. Dezember. Die neue Gegenprogramm des W.-Pakts am 30. Dezember. Die neue Gegenprogramm des W.-Pakts am 30. Dezember.

## Ein humoristisches Gericht und ein seltsamer Kommissar.

Ein humoristisches Gericht und ein seltsamer Kommissar. Der Fall des Herrn B. in der Provinz. Der Herr B. wurde in der Provinz verhaftet, weil er einen Kommissar verhaftet hatte. Der Kommissar war ein humoristischer Charakter, der die Verhaftung des Herrn B. als eine Art von Spiel betrachtete.

## Zentralverband der Musikanten.

Zentralverband der Musikanten. Der Zentralverband der Musikanten hat sich kürzlich mit einem auf der überfüllten Stadtbahn und dem Anspruch der Reisenden auf Schadenersatz durch die Eisenbahn in vollem Umfang für berechtigt erklärt.

## Ein humoristisches Gericht und ein seltsamer Kommissar.

Ein humoristisches Gericht und ein seltsamer Kommissar. Der Fall des Herrn B. in der Provinz. Der Herr B. wurde in der Provinz verhaftet, weil er einen Kommissar verhaftet hatte. Der Kommissar war ein humoristischer Charakter, der die Verhaftung des Herrn B. als eine Art von Spiel betrachtete.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Herr B.', 'Herr C.', etc.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Herr B.', 'Herr C.', etc.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Herr B.', 'Herr C.', etc.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Herr B.', 'Herr C.', etc.